

Bund dämpft Hoffnungen der Kampfjet-Gegner

F-35 Die Gegner des neuen Kampfflugzeuges haben 100'000 Unterschriften gesammelt und fordern eine schnelle Abstimmung. Doch es ist denkbar, dass die Initiative erst in vier Jahren an die Urne kommt.

Edgar Schuler

Die Initiantinnen und Initianten der «Stop F-35»-Initiative sehen sich auf der Zielgeraden: 100'000 Unterschriften seien zusammengekommen, teilten sie gestern Morgen mit. Das wären an sich genug, um die Initiative einzureichen. Dennoch will das Komitee weiter sammeln, um eine Sicherheitsmarge zu haben. Das bedeutet, dass noch mindestens 8000 Unterschriften hinzukommen müssen. Denn Campaigner gehen von einer «Ungültigkeitsquote» von rund acht Prozent aus.

Um Hand für eine «konstruktive Debatte» über die Beschaffung zu bieten, sammle das Komitee «weiter mit Hochdruck», sagt Anja Gada, Sekretärin der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee. Die Allianz gegen die F-35 sei zuversichtlich, «in den Sommermonaten» die Initiative mit den nötigen gültigen Unterschriften einreichen zu können. Die grosse Frage aber ist: Kann das Zustandekommen der Initiative am Kauf des Tarnkappenjets überhaupt noch etwas ändern?

Offerte läuft im März aus

Denn der Bundesrat hat letzte Woche beschlossen, den Kauf voranzutreiben, ohne Initiative und Volksabstimmung abzuwarten. Grund für die Eile: der Krieg in der Ukraine. Zudem läuft Ende März 2023 die Offerte aus. Der Bundesrat will bis dann den Vertrag unterschrieben haben, um sich die Jets zum ausgehandelten Kaufpreis mit den zugesagten Lieferterminen zu sichern.

Marionna Schlatter ist grüne Nationalrätin und Mitglied des Initiativkomitees. Sie ist überzeugt, dass die Abstimmung noch vor dem Ablaufdatum der Kaufverträge über die Bühne gehen kann: «Ich erwarte vom Bundesrat und vom Parlament einen Sondereffort.»

Dafür müsste der Bundesrat auf Antrag von Verteidigungsministerin Viola Amherd noch vor der Herbstsession am 12. September eine Botschaft zur Initiative verabschieden. Dann könnten die Kommissionen und die beiden



Die Schweiz streitet über ihre Anschaffung: Eine F-35 bei einem Trainingsflug in Kalifornien. Foto: AP

Räte zusammen mit der Armeebotschaft bis am letzten Sessionstag, dem 30. September, über die Initiative entscheiden. Das wiederum würde es dem Bundesrat erlauben, an seiner Sitzung vom 9. November, dem dafür letztmöglichen Datum, den Abstimmungstermin festzulegen.

Mit Sondereffort möglich

Damit wäre der Weg frei für eine Abstimmung am 12. März. Bei einem Ja könnte der Bundesrat vor Ablauf der Offerte unterschreiben. Sagt das Volk aber Nein, würde die Kaufoption verfallen.

«Bei Entscheiden zur Pandemie und bei der Aufstockung des

Armeebudgets hat das Parlament gezeigt, dass es fähig ist, schnell zu handeln», sagt Marionna Schlatter. «So viel politischer Wille zugunsten der Volksrechte muss sein!»

Anders sieht das Ida Glanzmann. Die Mitte-Nationalrätin fordert, dass der Bundesrat den Kaufvertrag möglichst bald unterzeichnet. «Wir dürfen den Kauf nicht hinauszögern, denn das Interesse an der F-35 ist sehr gross, und die Gefahr besteht, dass uns andere Länder zuvorkommen», sagt sie.

Zudem sei es gar nicht möglich, die Initiative so schnell durch alle vorgeschriebenen In-

«So viel politischer Wille zugunsten der Volksrechte muss sein!»

Marionna Schlatter
Grünen-Nationalrätin

stanzen zu peitschen. Dagegen spricht auch, dass es armee-kritische Vorlagen seit dem Ausbruch des Ukraine-Kriegs sehr schwer haben. Marionna Schlatter kontert mit einem

Gegenbeispiel: «Zur Minarettinitiative hat der Bundesrat nach dem Zustandekommen innerhalb eines Monats die Botschaft verabschiedet.» Bei diesem Tempo müsste es auch für die «Stop F-35»-Initiative reichen.

Es gibt keine Mindestfrist

Verteidigungsministerin Viola Amherd hat in Interviews mehrfach deutlich gemacht, dass sie sich legitimiert fühlt, den Kauf so schnell wie möglich durchzuführen: «Die Bevölkerung hat bereits darüber abgestimmt, den Kredit gesprochen, und sie hat dem Bundesrat erlaubt, die Flugzeuge zu kaufen.» In der Volks-

abstimmung 2020 seien die vier zur Auswahl stehenden Typen sogar erwähnt gewesen.

Ihr Departement will sich nicht dazu äussern, ob es zum geforderten «Sondereffort» bereit ist. «Das VBS hat sich an die geltenden Fristen zu halten», sagt eine Sprecherin nur. Gesetzlich vorgeschrieben sind dabei allein Maximalfristen. Danach dürfen zwischen Einreichen einer Volksinitiative und Abstimmung grundsätzlich längstens vier Jahre und vier Monate vergehen.

Eine minimale Frist, die einzuhalten wäre, sehen die Gesetze aber nicht vor.

Die Schweiz vernichtet Impfdosen

Covid-19-Impfstoff Der Bund hat Probleme, abgelaufene Impfdosen an bedürftige Länder weiterzugeben.

Mehr als 600'000 Covid-19-Impfdosen muss die Schweiz vernichten, weil ihr Haltbarkeitsdatum abgelaufen ist, wie der Bund bestätigt. Gleichzeitig werden Menschen, die eine vierte Impfdosis haben wollen, wohl demnächst selbst dafür bezahlen müssen. Wäre es da nicht besser, die fast abgelaufenen Mittel kostenlos abzugeben?

«Ja, das sieht auf den ersten Blick nach einem Widerspruch aus», meint SVP-Nationalrat Thomas Aeschi. «Aber irgendwann muss man zum Courant normal zurück.» Wer also etwa für eine Reise eine vierte Impfung braucht, soll sie auch selbst bezahlen – wie das auch bei anderen Impfungen, etwa gegen Gelbfieber, der Fall ist.

Formal ist die Begründung für die mögliche Bezahlpflicht, die das Bundesamt für Gesundheit

(BAG) diese Woche den Kantonen zur Vernehmlassung vorgelegt hat, dass es keine offizielle Zulassung für eine vierte Impfung gibt. Die Eidgenössische Impfkommision (Ekif) hält eine zweite Auffrischimpfung für die allermeisten Menschen nicht für notwendig. Der zweite Booster ist damit zwar nicht verboten, gilt aber als «Off Label»-Verwendung, über die Ärztin und Patientin in eigener Verantwortung entscheiden.

Das Virus noch nicht im Griff

Ruth Humbel, Gesundheitspolitikerin der Mitte, kann den Beschluss der Ekif schwer nachvollziehen. «Auch vor einem Jahr hat die Ekif lange gezögert, als es um eine Auffrischimpfung ging», sagt die Nationalrätin. «Und dann musste es mit dem Booster plötzlich ganz schnell gehen.» Sie fin-

det es zu früh, die Menschen jetzt schon selbst bezahlen zu lassen. «Man muss zuerst eine gewisse Sicherheit haben, dass wir das Virus im Griff haben», findet sie. Und das sei noch nicht der Fall.

Dass jetzt Hunderttausende Impfdosen vernichtet werden, finden sowohl Aeschi als auch Humbel unverständlich. Es sei immer kommuniziert worden, dass überschüssige Impfdosen weitergegeben werden sollten, betont Aeschi. «Es ist wirklich zu bedauern, dass das nicht rechtzeitig geschehen ist.» «Das ist nicht haltbar», sagt Humbel. «Die Behörden sehen doch frühzeitig, wann die Impfstoffe ablaufen.»

Derzeit hat die Schweiz noch 6,9 Millionen Impfdosen auf Lager, wie das BAG bestätigte. «Es wurde bewusst in Kauf genommen, dass unter Umständen zu

viel Impfstoff für den Bedarf der Schweiz beschafft wurde», hebt ein BAG-Sprecher hervor. «Ziel ist es nach wie vor, die Bevölkerung in der Schweiz jederzeit mit einer genügenden Menge der wirksamsten zur Verfügung stehenden Impfstoffe zu schützen.»

Pharmakonzerne diktieren

Gabriela Hertig, Gesundheitsexpertin bei der Menschenrechtsorganisation Public Eye, macht auch die Pharmakonzerne verantwortlich. Die Verträge der Schweiz mit den Konzernen seien nicht öffentlich, aber es sei davon auszugehen, dass die Unternehmen bei der Weitergabe von Impfdosen ein Vetorecht hätten. «Die Länder müssen einwilligen, die Haftung für eventuelle Nebenwirkungen zu übernehmen», sagt Hertig. «Es gibt Länder, die sich das finanzi-

ell nicht leisten können. Das zeigt, dass die Industrie die Konditionen diktieren kann.»

Wichtigster Empfänger von gespendeten Impfdosen ist die internationale Covax-Initiative, die die ärmsten Länder der Welt beliefert. Covax zufolge hat die Schweiz bisher 1,8 Millionen Dosen geliefert und weitere 7 Millionen bis Ende Juni zugesagt. Der Bundesrat hatte im Februar angekündigt, in der ersten Jahreshälfte bis zu 15 Millionen Dosen an Covax weiterzuleiten. «Wie viele Dosen effektiv weitergegeben werden können, ist aktuell noch Gegenstand von Verhandlungen zwischen Covax, den Herstellern und dem Bund», teilte ein BAG-Sprecher mit. «Dieser Prozess ist aufwendig.»

Hans Brandt

Kommt Jacqueline Badran zurück?

Auszeit Mitte Februar kündigte Jacqueline Badran in einem Facebook-Post an, dass sie eine Politik-Pause einlegen werde – auf dringliches Anraten ihres Hausarztes. Sie selbst habe stets geglaubt, dass sich die hohe Arbeitslast irgendwie bewältigen liesse, teilte die Zürcher SP-Nationalrätin mit. Sie befolge allerdings die Ratschläge ihres Arztes. Die vielen Abwehrkämpfe der letzten Jahre, in welche die SP gezwungen worden sei, hätten ihr physisch und psychisch zugesetzt.

Badrans Pause sollte bis zur Sommersession dauern. Diese startet am kommenden Montag. Auf Anfrage lässt das Generalsekretariat der SP ausrichten, dass Jacqueline Badran die Öffentlichkeit morgen über die sozialen Medien über ihre weiteren Pläne informieren werde. (ale)